Elsaß-Lothringen und das preußische Abgeordnetenhaus.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht, indem es die elsaß-lothringische Frage bei der Beratung des Etats in den Kreis seiner Betrachtungen zog. Darin stimmten alle Parteien mit Herrn von Heydebrand überein, der mit einer großzügigen Rede die Debatte eröffnete. Der konservative Führer wandte sich scharf gegen den elsaß-lothringischen Verfassungsentwurf, weil er in der Verleihung von drei Bundesratsstimmen, die, wenn die Mehrheit zweifelhaft wird, nur gegen, nicht aber für Preußen in Anrechnung kommen sollen, eine außerordentliche

Schwächung des preußischen Einflusses

im Reiche sieht. Herr v. Heydebrand sprach mit großer Entschiedenheit und seine Worte mußten sich naturgemäß gegen Herrn v. Bethmann-Hollweg wenden, der gewissermaßen der Urheber des Gesetzentwurfes ist und der wohl auch im Bundesrat für die Gewährung der drei Stimmen an Elsaß-Lothringen gewirkt hat. So wird es verständlich, wenn der Reichskanzler lebhafter sprach, als es sonst seine Gewohnheit ist. Mit überraschender Wärme setzte sich Herr v. Bethmann-Hollweg in eingehender Rede für die Regierungsvorlage ein und führte dabei etwa folgendes aus: „Ich muß der hier zum Ausdruck gekommenen Auffassung widersprechen, daß der Regierungsentwurf von einer Vernachlässigung und einer

Mißachtung preußischer Interessen

Zeugnis ablege. Ich muß darauf verzichten, Ihnen heute die Gründe auseinanderzusetzen, aus denen die preußische Regierung in einmütiger Übereinstimmung mit den gesamten verbündeten Regierungen die Fortbildung der elsaß-lothringischen Verhältnisse in der Richtung auf eine größere Verselbständigung der Reichslande als ein Erfordernis sowohl im Interesse der Reichslande als des Reiches selbst angesehen hat. Wenn ich mit wenigen Worten die Frage der Verleihung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen herausgreife, so kann ich die Frage nur von dem Standpunkt aus behandeln, daß ich grundsätzlich die

größte Verselbständigung der Reichslande

als einen Gewinn für die Reichslande selbst und für das Reich ansehe. Wenn ich von dieser Voraussetzung ausgehe, so ist der Wunsch Elsaß-Lothringens nach einer Beteiligung am Bundesrat vollauf verständlich, Elsaß-Lothringen erblickt in dieser Beteiligung nicht nur ein Ehrenrecht, sondern es erwartet darüber hinaus von den von ihm begehrten Bundesratsstimmen, daß ihm die Möglichkeit gegeben werde, die Landesinteressen, namentlich die wirtschaftlichen Interessen, in der Reichsgesetzgebung in demjenigen Maße zur Geltung zu bringen, das der Bedeutung dieser Interessen entspricht. Ich bedaure es, daß nicht nur hier im Hause, sondern auch bei sonstigen Gelegenheiten Gegner der Fortbildung der elsaß-lothringischen Verfassung auf die Bedeutung der

Reichslande als eines Festungsgürtels

hinwiesen. Gewiß, sollten wir, was Gott verhüten möge, in einen Krieg mit Frankreich kommen, so würden die Reichslande in dieser Beziehung ihre Rolle zu spielen haben. Das ergibt sich aus der geographischen, militärischen Lage der Reichslande ganz von selbst. Aber wir haben 1870/71 die Reichslande nicht erworben zu dem Zweck, sie unter Kanonbeschränkung zu stellen, sondern wir sehen in ihnen ein Land, das wir politisch, kulturell und wirtschaftlich so eng wie möglich mit dem deutschen Vaterlande verschmelzen müssen. Die Lösung, die nunmehr die verbündeten Regierungen auf Antrag Preußens dem Reichstag vorgeschlagen haben, ist nach meiner Überzeugung eine solche, die den Interessen der Reichslande und des Reiches dient, und die

für Preußen annehmbar

ist. Das Deutsche Reich ist auf ganz andern Opfern der Einzelstaaten aufgebaut, als es dieses Opfer ist, von dem Sie hier sprechen können. Preußen hat bei der Aufrichtung des Reiches nicht das geringste Opfer gebracht. Preußen kann seine Stellung im Reich nur wahren, wenn es bereit ist, Opfer zu bringen, wenn es das Wohl des Reiches fordert. Wir können in Preußen keine kleinlich beschränkte Politik machen. Wenn wir das täten, würden wir das Zutrauen der Bevölkerung und der Bundesstaaten in die Grundfesten des Reiches untergraben. Um nun auf die Verleihung der Bundesratsstimme an Elsaß-Lothringen, die so sehr angegriffen ist, zu kommen, so kann dadurch in zwei oder drei Fällen, um mehr handelt es sich nicht, wo die Stimmenzusammensetzung im Bundesrate

auf des Messers Schneide

steht, die Abstimmung um ein kleines zuungunsten Preußens verschoben werden. Aber das betone ich, es gibt keine großen Fragen im Reiche, in denen wir in der ganzen Vergangenheit und Gegenwart des Reiches nicht zu einem einstimmigen Beschluß im Bundesrat gekommen wären. Und daran werden die drei Vertreter Elsaß-Lothringens nichts ändern. Diese drei Stimmen werden den Einfluß und die Stellung, die Preußen im Bundesrate hat und haben muß, nicht untergraben. Wie hat sich denn Bismarck, der doch die Verfassung gemacht hat, zur Frage der Bundesratsstimmen gestellt? Im Norddeutschen Bunde hatten wir im ganzen 43 Bundesratsstimmen, von denen Preußen 17 hatte. Im Jahre 1871 trat Süddeutschland mit 15 weiteren Stimmen hinzu. Dieser Stimmenzuwachs konnte ja allerdings zu einer Schwächung des

preußisch-norddeutschen Einflusses

gegen Süddeutschland führen. Hat da Bismarck daran gedacht, 1870/71 die preußischen Stimmen zu vermehren? Nein, die 17 Stimmen sind aufrechterhalten worden, obgleich die Gesamtzahl von 43 auf 58 stieg. Und nun soll ich besorgen, daß Preußens Recht, Preußens Macht, Preußens Einfluß vermindert wird, wenn ich Elsaß-Lothringen diese drei Stimmen zubillige und mit der Klausel, die ich Ihnen angegeben habe? Die elsaß-lothringische Frage ist eine Frage, welche nur in deutschem Geiste gelöst werden kann. Und wenn Preußen bei dieser Gelegenheit seinerseits einen Schritt vorankommt, dann setzt es sich nicht Vorwürfen aus, sondern erfüllt die Aufgaben und die Pflichten, die es dem Reich gegenüber hat."

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Das Kaiserpaar ist mit dem Prinzen Joachim und der Prinzessin Viktoria Luise in Wien zum Besuche Kaiser Franz Josephs eingetroffen. Von Wien aus begeben sich die Herrschaften nach Venedig, von wo aus nach einer Zusammenkunft mit dem König Viktor Emanuel die Reise nach Korfu angetreten wird.

* Nachdem die mecklenburgischen Landstände auch den neuen Regierungsentwurf betr. die Änderung der Verfassung abgelehnt haben, soll, Nachrichten aus Schwerin zufolge, die Regierung die Absicht haben, „nach freiester Entschließung einen neuen Gesetzentwurf auszuarbeiten." Man wird abwarten müssen, ob sich dieses Gerücht bewahrheitet.

* Die Hamburger Spionageangelegenheit, in der bekanntlich vor einigen Tagen ein Ausländer und drei Deutsche verhaftet wurden, wird nach wie vor von der Behörde mit größtem Stillschweigen behandelt. Noch immer ist nicht mit Sicherheit zu erfahren, wer der verhaftete Ausländer ist. Londoner Blätter behaupten, es sei der Inhaber einer großen englischen Schiffsbauwerft.

Österreich-Ungarn.

* Der Weihbischof von Wien, Dr. Marschall, der Erzieher des österreichischen Thronfolgers, ist infolge eines Herzschlages gestorben.

Italien.

* Zu einem für die innerpolitische Entwicklung Italiens bedeutsamen Schritt hat sich der König Viktor Emanuel entschlossen. Er hat den Sozialisten Bissolati zu sich berufen, um mit ihm über die Neubildung des Kabinetts zu verhandeln. Wahrscheinlich wird der frühere Ministerpräsident Giolitti die Kabinettsbildung übernehmen, während die Sozialisten Bissolati und Bonomi als Minister in das Kabinett eintreten. Für die Monarchie bedeutet das den letzten Schritt zu dem Ziel, das gesamte Leben der Nation außerhalb jedes Klassenunterschiedes zu umfassen.

Rußland.

* Im ganzen Zarenreiche ist man überrascht, daß Stolypin sich zum Bleiben entschlossen hat. Man gibt sich darüber keiner Täuschung hin, daß er nun mit ungleich größerer Machtvollkommenheit ausgerüstet, ein straffes Regiment führen wird. In parlamentarischen Kreisen spricht man nur von Stolypin, dem „Unentbehrlichen."

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag nahm am Donnerstag zunächst die noch ausstehenden namentlichen Abstimmungen von zwei Anträgen zur Kali-Abgabe vor. Der fortschrittliche Antrag, politische Organisationen von der Zuwendung auszuschließen, sowie der sozialdemokratische, die ganze Abgabe der Reichskasse zu überweisen, wurden abgelehnt. Es folgte die zweite Lesung des Kolonial-Etats unter Ausscheidung der den Baumwollbau, die Diamantenregie, die Kriegskosten u. a. betreffenden Fragen, die gesondert behandelt werden sollen. Über die allgemeine Entwicklung unsrer Schutzgebiete lautete das Urteil fast einmütig günstig. Die Redner aller bürgerlichen Parteien erklärten ihre Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Verwaltung. Abg. Paasche (nat.-lib.) unterließ dabei aber nicht, daran zu erinnern, daß auch der Staatssekretär Dernburg sich um die Kolonien große Verdienste erworben habe. Staatssekretär v. Lindequist teilte im wesentlichen die Anschauungen, die aus dem Hause geäußert worden waren, nur warnte er vor der Überstürzung der Eisenbahnbauten und vor einer Verringerung des Ausgleichsfonds trotz der guten finanziellen Entwicklung. Darauf wurde der Etat des Reichskolonialamts angenommen.

Am 24. d. Mts. wird die zweite Beratung des Kolonialetats beim Etat für Ostafrika fortgesetzt.

Abg. Sommer (fortschr. Vp.): Wir fordern die Befreiung der afrikanischen Schulen vom konfessionellen Einfluß. Notwendig sei eine Gehaltszulage für die Regierungslehrer. Es herrscht in Ostafrika solcher Lehrermangel, daß man sogar einen Globetrotter angestellt hat.

Abg. Arning (nat.-lib.) spricht gegen die Versorgung ehemaliger Kolonialbeamten, auf Grund ihres Zivilversorgungsscheins. Leider werde es diesen Leuten außerordentlich schwer gemacht, bei irgendeiner Behörde anzukommen. Redner befürwortet die Errichtung einer Handelskammer in Daressalam.

Staatssekretär v. Lindequist: Die Lehrer sind in Ostafrika so gestellt, wie in der Heimat. Für die Unterbringung der alten Kolonialbeamten soll möglichst gesorgt werden. Das Gouvernement beabsichtigt noch in diesem Jahre bezirksweise eine Ausdehnung der Kopfsteuer vorzunehmen. Den Landesverbänden stehe ich freundlich gegenüber. Die vom Bezirksrate geforderte Zuwachssteuer ist dem Gouverneur an sich sympathisch, aber die Ausführung scheint ihm zu kostspielig zu sein. Er will daher eine zehnprozentige Steuer auf das unbebaute Land legen. Die Europäerschule in Daressalam wird auf die Gemeinde übergehen. Zur Frage des Kreditinstitutes haben sich mehrere Sachverständige sehr skeptisch geäußert. Der Wunsch der Ansiedler geht nach

genossenschaftlicher Organisation,

nicht nach einem Baden-Kreditinstitut. Die Eisenbahntarife sollen nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Aber wir müssen im Auge behalten, daß die Verzinsung und Amortisation aus den Einnahmen der Kolonie gedeckt werden. Die Gütertarife sollen in Zukunft festgesetzt werden. Sollte sich

das Natron

als abbauwürdig erweisen, so wird sich hoffentlich auch bei uns das Geld dazu finden, wenn es auch nicht so leicht wie in England aufzubringen sein wird. Für die Viehzucht haben wir einen Bakteriologen neu angefordert.

Abg. Ledebour (soz.): Wenn Naturschätze gefunden werden, sollen sie ausgebeutet werden. Wir wenden uns nur gegen die uferlosen Überweisungen von Kolonialphantasien. Das Natron hat nur dann für uns Wert, wenn nach Abzug der bedeutenden Abbau- und Transportkosten noch etwas übrig bliebe. Wenn man die Denkschrift gelesen hat, dann begreife ich nicht, wie man hier im Reichstag von solchen

phantastischen Unsinn

reden kann wie Abg. Dröscher. Ebenso protestieren wir nur dann gegen neue Bahnen, wenn ihr Zweck und Wert nicht nachzuweisen ist.

Abg. Arendt (freik.): Die Verhandlungen des Kolonialetats sind im guten Sinne langweilig geworden. Die früheren Kämpfe haben eben einer friedlichen Stimmung Platz gemacht. Wenn Natron in Ostafrika vorhanden ist, weiß weder Abg. Dröscher noch Abg. Ledebour. Es kann sehr leicht noch mehr sein, als wir glauben. Man braucht deswegen noch lange nicht von phantastischem Unsinn zu sprechen.

Die Usambara-Bahn

müsse fortgeführt werden, auch wenn der Natronsee nicht gefunden worden wäre. Wenn ein Kolonialgegner wie Ledebour Herrn Rechenberg lobt, so muß das doch Bedenken erregen. Das System Rechenberg ist in der Tat geeignet, die Entwicklung kolonialer Unternehmungen zu hemmen.

Staatssekretär v. Lindequist: Gouverneur v. Rechenberg ist ein fleißiger Arbeiter von einer fabelhaften Zähigkeit. Er ist auch ein tüchtiger Beamter und hat in Ostafrika Ausgezeichnetes geleistet. Wenn er an Bahnbauten nicht herangeht, bevor die Rentabilität sichergestellt ist, so wird ihm das schwerlich zum Vorwurf gemacht werden können. Es ist auch falsch, daß er den weißen Unternehmern feindlich gegenüberstehe. Er prüft nur, ob es sich um sichere und gut fundierte Unternehmungen handelt oder nicht. Auch diese Vorsicht wird schwerlich zu tadeln sein.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Ledebour (Soz.), Erzberger (Zentr.), Paasche (nat.-lib.), Noske (Soz.) u. a. schließt die Besprechung und der Etat wird bewilligt.

Die Etats für Kamerun und Togo werden ohne wesentliche Erörterung bewilligt.

Beim Etat für Südwestafrika bespricht Abg. Haußmann (fortschr. Vp.) die Frage der Nachverzollung. Die geübte Praxis entspricht nicht dem Rechtsbewußtsein.

Staatssekretär v. Lindequist: Ich kann nur auf meine gestrigen Ausführungen verweisen.

Abg. Semler (nat.-lib.): Das Kolonialamt hat wohl formell recht, aber nicht materiell. Der frühere Gouverneur hat sehr mit Beamten gespart. Der Bureaukratismus im Amt ist geblieben. Hoffentlich macht es der neue Herr besser. Es muß eine Revision der Militärlasten eintreten. Ein Wehrgesetz muß endlich vorgelegt werden.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Ztr.) befürwortet eingehend die Frage der Nachverzollung.

Abg. Arning (nat.-lib.): Auch ich muß sagen, daß die Praxis der Nachverzollung nicht mit der nötigen Rücksicht geübt wird.

Abg. Ledebour (soz.): Ich frage den Staatssekretär, ob er die Verordnungen, entnehme hält, die darauf abzielen, die südwestafrikanischen Stämme in ständiger Abhängigkeit zu halten.

Abg. Goller (fortschr. Vp.): Die Polizeikosten sind sehr hoch und werden bei Verringerung der Schutztruppe noch höher. Wir wünschen eine möglichst weitgehende Selbstverwaltung, aber es darf dabei nicht schablonenhaft vorgegangen werden.

Abg. Dove (fortschr. Vp.): Die Umwandlung der dreijährigen Verjährungsfrist in eine fünfjährige beweist, daß man nicht nach Recht und Billigkeit verfahren ist, sondern auf alle Fälle einen

Fischzug für den Fiskus

tun wollte. Die Kolonialverwaltung sollte Organisationen nach dem Muster unserer Handelskammern für die Kolonien ins Leben rufen.

Staatssekretär v. Lindequist: Wir haben eher zu wenig, als zu viel Polizeimannschaften.

Spekulative Gründungen

müssen wir möglichst verhindern, damit die Leute in Deutschland nicht ihr Geld verlieren. Die Viehhaltung der Eingeborenen hat beträchtlich zugenommen.

Der Gewährung einer Teuerungszulage (von je etwa 5000 Mk.) an die Beamten in Lüderitzbucht, dem teuersten Ort des Schutzgebiets, wofür der Staatssekretär lebhaft eintritt, widerspricht der Berichterstatter Abg. Semler (nat.-lib.) im Namen der Kommission entschieden. Wo würden wir da hinkommen! Die Zulage wird abgelehnt.

Beim Etat für Samoa teilt Berichterstatter Abg. Erzberger (Zentr.) mit, daß die Kommission mit dem Etat, insbesondere dem Verhältnis zwischen den Pflanzern und dem Gouvernement, nicht zufrieden gewesen ist. Daher wird im Plenum von der Besprechung abgesehen.

Auch der Etat für Neuguinea wird ohne Aussprache erledigt. Der Kolonialetat wurde erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag.

Ursula Drenck.

11] Roman von Paul Grabein.

(Fortsetzung.)

„Na, sag' mal, Ursel, soll denn das wahrhaftig dein Ernst sein — das mit der barmherzigen Schwester?"

Das Mädchen nickte nur ernst mit stiller Entschlossenheit. Da ergriff Fred lebhaft ihre Hand:

„Aber Ursel — nimm mir's nicht übel — das ist ja heller Unsinn. Ein Mädel wie du und ewig in der Matratzenburg, das wär' ja geradezu sündhaft. Herr Gott nicht noch mal, wie kannst du bloß auf solche Gedanken kommen!" Und er suchte ihr mit größtem Eifer alle Gründe dafür auszureden.

„Nein, Ursel," schloß er, „es wäre wahrhaftig eine Sünde an dir und deiner Jugend! Und nun denk' mal an deinen armen Vater. Soll er denn gar nichts mehr auf der Welt haben?"

Ursula atmete schwer. Das war es ja, das auch ihr noch immer wieder das Herz belastete und die Ausführung ihres Entschlusses so erschwerte. Aber es half ja alles nichts.

„So wie ich jetzt bin, könnte ich Vater doch nichts mehr sein." Mit dieser schmerzlichen Resignation suchte sie Fred und sich selbst den letzten Grund zu benehmen. Aber jener gab den Kampf noch längst nicht auf.

„Pfui — Ursel — so schlapp?" tadelte er. „Das hätt' ich nicht von dir geglaubt — weiß Gott nicht! Darf ich dir mal ganz offen meine Ansicht sagen?"

Sie nickte nur schwach.

„Also: es gibt, meiner Meinung nach, in deinem Fall nur zwei Möglichkeiten. Die eine ist: du liebst Wigand noch —"

Jähe Röte schoß plötzlich in des Mädchens Wangen. „Nenn' mir seinen Namen nicht mehr, ihn, der mich so kaltherzig meinem Schicksal überlassen hat!" Leidenschaftlich entfuhr es ihren Lippen.

Mit geheimer Befriedigung vernahm es Fred. „Brav so!" rühmte er. „Hätte es auch — offen gestanden — charakterlos bis in die Puppen gefunden, wenn du nach allem —"

Sie machte eine heftige Gebärde der Abwehr.

„Gut, gut! Also bleibt logischerweise nur noch Nummer zwei: du liebst ihn nicht. Na, dann aber versteh' ich wirklich nicht, warum du dich ihm zu Gefallen wie so eine indische Witwe selber opfern — bloß zur Abwechslung statt verbrennen, dich lebendig begraben lassen willst im Krankenhaus."

Ursula wollte einen Einwand erheben, aber er ließ sie gar nicht erst zum Wort kommen.

„Weiß schon, du willst die Welt fliehen, wegen des Geredes. Aber sieht du, Ursel, das nenne ich eben schlapp! Kann mir nicht helfen. Zum Kuckuck, was ein rechter Kerl ist — und dafür, Mädel, hab' ich dich doch immer gehalten — der pfeift auf die Welt, auf die ganze edle Bande von Waschweibern und Giftmäulern jeglichen Geschlechts. — Und vor diesem Gesindel willst du ausrücken, dich feige verkriechen? Wahrhaftig? — Du, Ursel, das fände ich einfach kommun, das wäre ganz ordinäre Kneiferei!"

Das Mädchen fuhr hoch, eine aufsteigende Röte im Gesicht.

„Wenn du mich nur beleidigen willst —"

Aber Fred hielt sie bei den Händen bittend fest, und außerdem — sie mußte sich gestehen: er hatte nicht so ganz unrecht. Bisweilen hatte sie sich selber schon ähnliches zugerufen. Wollte sie es denn schließlich nicht ebenso machen wie Jörg — sich auch mutlos flüchten, anstatt trotzig aufrecht standzuhalten?

Alfred Drenck sah ihrer Miene an, was in ihr vorging, und eifrig suchte er weiter in sie zu dringen.

„Siehst du, Ursel, du fühlst es ja selber, du bist es dir geradezu schuldig: du mußt hier aushalten auf deinem exponierten Posten, du mußt kämpfen und durchkommen! Aber — und siehst du, das ist heute bei mir beschlossene Sache geworden — du sollst nicht allein stehen in diesem Kampfe: Ich will an deine Seite treten!"

„Wie — du?" Fast erschrocken sah sie ihn mit großen Augen an.

Fred nickte nur, mit einem frohen Lächeln, daß seine Ankündigung sie so in Staunen setzte.

„Aber du mußt doch nach Kassel, zum Regiment."

„Zunächst gewiß: Aber, wenn ich nun nach ein paar Wochen wiederkäme — auf Kommando nach Berlin — was würdest du dazu sagen?" Und er ergriff ihre beiden Hände, erwartungsvoll seine Blicke in die ihren senkend.

Ursula aber senkte die Lider. Eine geheime, große Angst schlich ihr plötzlich über die Seele. Sie konnte ja eigentlich nun nicht mehr zweifeln: sein Benehmen vorhin und jetzt dieser Entschluß — es geschah ja alles nur um ihretwillen. Er — er — sie dachte die Schlußfolgerung nicht zu Ende. Mein Gott, es durfte — es durfte ja nie sein!

Gewiß, sie war ja wieder frei, sie hätte ihre Hand geben können, wem sie wollte; aber sie konnte nicht, sie wollte nicht — jetzt, wo noch all das furchtbar Schmerzliche so frisch in ihr war. Und nun gar ihm, der bei den schrecklichen, ihr unvergeßlichen Vorgängen so eng beteiligt war, ihm — den die Leute ja geradezu insgeheim für den Urheber der ganzen Affäre hielten. Wenn sie seine Hand annähme, so hätten ja die Klatschmäuler recht bekommen. Dann wäre es ja für sie klar bewiesen, daß zwischen Fred und ihr heimlich etwas gespielt hatte, was Jörg zur Auflösung ihrer ersten Verlobung gezwungen hatte. Dann war sie in Wahrheit vernichtet in ihrem Rufe.

Ursula sprang auf; ihre zitternden Hände entzogen sich heftig dem Griffe Freds.

„Nein, nein, Fred! Niemals! Das geht nicht — das bist du mir schuldig. Du darfst dich nicht nach hier versetzen lassen. Du mußt in Kassel bleiben!"

Und eilends, um jedem Einwand von seiner Seite vorzubeugen, stürzte sie aus dem Zimmer, wo Fred betroffen zurückblieb. Seine eben noch so frohe Miene verdüsterte sich. Wie hatte da vorhin alles so glatt und hoffnungshell vor ihm gelegen — warum nun das?

8

„Na, mein lieber Herr Drenck, nun lassen